

**1Änderungsantrag zum Wahlprogramm
2Landesparteitag 22. Januar 2017 in Heusweiler**

3

4Antragsteller*innen: Grüne Jugend

5Drogenpolitik: Prävention statt Verbote – Aufklärung statt Kriminalisierung

6Wir Grüne stehen für eine aufgeklärte und verantwortungsvolle Drogen- und Suchtpolitik unter
7Beachtung eines strikten Jugendschutzes. Kinder und Jugendliche müssen nicht nur über die Risiken
8von süchtig machenden Stoffen informiert, sondern auch in der Gesellschaft gestärkt werden und
9lernen, Nein zu sagen. Dafür ist ein enges Zusammenspiel zwischen Schulen und Eltern nötig sowie
10geschultes Personal notwendig.

11Nikotin- und Alkoholprävention

12Wir setzen uns weiterhin für einen konsequenten Vollzug des Nichtraucherschutzgesetzes ein.
13Bestrebungen, den Nichtraucherschutz im Saarland aufzuweichen, lehnen wir strikt ab. Wir brauchen
14zudem verstärkt Präventionsprojekte gegen übermäßigen Alkoholkonsum, insbesondere bei
15Jugendlichen. Tabak- und Alkoholwerbung jeglicher Art wollen wir aus der Öffentlichkeit verbannen -
16denn der Gesundheitsschutz der Bevölkerung, insbesondere von Jugendlichen, hat für uns höchste
17Priorität. Räumliche und zeitliche Alkoholkonsum und -verkaufsverbote oder die Wiedereinführung von
18Sperrzeiten für die Gastronomie lehnen wir hingegen ab.

19Cannabis - regulieren statt kriminalisieren

20Die bisherigen restriktiven Regelungen zum Umgang mit Cannabis führen zu Kriminalisierung und
21unkontrollierter Abgabe der Droge. Daher fordern wir ein Umdenken und unterstützen den Vorschlag
22unserer Bundestagsfraktion zur Einführung eines Cannabis-Kontrollgesetzes. Sollte sich auf
23Bundesebene in absehbarer Zeit die Gesetzeslage für den Erwerb, Besitz und Konsum von Cannabis
24nicht in unserem Sinne verbessern, setzen wir uns für einen Modellversuch im Saarland zur legalen
25Abgabe durch öffentlich-rechtliche Stellen unter Berücksichtigung des Jugend- und
26Verbraucherschutzes ein. Kurzfristig wollen wir die sogenannte „Geringe Menge“ für Cannabis nach
27dem Vorbild Bremens auf 15 Gramm festsetzen. Ebenso möchten wir die Therapiemöglichkeiten mit
28Cannabis innerhalb der medizinischen Anwendung positiv begleiten und weiter ausbauen. Eine
29Landesregierung unter grüner Beteiligung wird über ihre Mitwirkungsrechte an der
30Bundesgesetzgebung konkrete Verbesserungen für Cannabiskonsumtinnen und
31Cannabiskonsumanten initiieren bzw. befürworten. Insbesondere die Ungerechtigkeiten im
32Verkehrsrecht in Bezug auf Cannabiskonsum wollen wir abschaffen.

33Präventions- und Beratungskonzepte anbieten – Drogentote reduzieren

34Andere Suchterscheinungen, wie die Abhängigkeit von Computerspielen, Glücks- oder Wettspielen,
35stellen uns vor neue Herausforderungen. Wir wollen daher dafür sorgen, dass Präventions- und
36Beratungskonzepte gezielt entwickelt und angeboten werden. Für Konsumentinnen und Konsumenten
37anderer Substanzen werden wir nach dem Vorbild anderer europäischer Länder Konzepte wie „Hilfe
38statt Strafe“ und „Drug-Checking“, also risikominimierende Maßnahmen wie Substanzanalysen,
39umsetzen, um die Betroffenen besser zu Prävention und Gesundheitsschutz beraten zu können.
40Deshalb setzen wir uns für den Ausbau örtlicher Präventionsangebote und insbesondere für die
41verstärkte Förderung des Drogenhilfezentrums ein. Die Zahl der Drogentoten im Saarland war im Jahr
422016 so hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr, daher möchten wir die landesrechtlichen
43Voraussetzungen für die Einrichtung von Drogenkonsumräumen erweitern, die der Gesundheits-,
44Überlebens- und Ausstiegshilfe für Drogenabhängige und Suchtkranke dienen.